S 4 AS 205/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Arbeitslosengeld II – Unterkunft und Heizung – Angemessenheitsprüfung – Vierpersonenhaushalt im Kreis Dithmarschen in Schleswig-Holstein – schlüssiges Konzept des Grundsicherungsträgers – Flächenlandkreis – Vergleichsraumbildung – homogener Lebens- und Wohnbereich – verkehrstechnische Verbundenheit – Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Personennahverkehr – Repräsentativität der erhobenen Daten – Bestandsmieten – Angebotsmieten – Neuvertragsmieten – Mietspiegel – iteratives Verfahren – Vermieterstruktur – Nachbesserungsmöglichkeit
Leitsätze	Die Unterteilung des Zuständigkeitsbereichs eines Jobcenters in mehrere Vergleichsräume ist nicht bereits dann gerechtfertigt, wenn es an einer hinreichenden Erreichbarkeit des Gebiets eines Flächenlandkreises mit dem öffentlichen Personennahverkehr mangelt.
Normenkette	SGB II § 22 Abs 1 S 1; SGB II § 22b Abs 1 S 4; SGB II § 22c; SGB III § 140 Abs 4 S 2; SGB III § 121 Abs 4 S 2; BGB § 558d Abs 2 S 3

1. Instanz

Aktenzeichen	S 4 AS 205/17
Datum	29.01.2019

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 AS 94/19
Datum	19.05.2020

3. Instanz

Datum	05.08.2021

Â

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 19.Â Mai 2020 aufgehoben. Der Rechtsstreit wird zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurÃ¼ckverwiesen.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Die Beteiligten streiten Ã¼ber die GewÃ¤hrung hÃ¶herer Leistungen fÃ¼r Unterkunft und Heizung im Kreis Dithmarschen fÃ¼r Februar bis Juli 2017.

Â

2

Die im Jahr 1983 geborene KlÃ¤gerin zuÂ 1 und ihre minderjÃ¤hrigen Kinder, die KlÃ¤ger zuÂ 2 bisÂ 4, beziehen seit Februar bzw September 2014 (Geburt der KlÃ¤gerin zuÂ 4) vom Beklagten Leistungen der Grundsicherung fÃ¼r Arbeitsuchende. Die KlÃ¤ger bewohnen gemeinsam ein Haus mit einer WohnflÃ¤che von 170Â qm in M im Kreis Dithmarschen. Die zu zahlende Bruttokaltmiete betrÃ¤gt 700Â Euro. Die KlÃ¤gerin zuÂ 1 setzte ab dem 1.9.2015 ihre zuvor unterbrochene Ausbildung zur Erzieherin an einer Fachschule fÃ¼r SozialpÃ¤dagogik fort, wofÃ¼r ihr der Kreis Dithmarschen zuschussweise Leistungen nach dem BAfÃ¶G fÃ¼r die Zeit vom 1.8.2016 bis 31.7.2017 gewÃ¤hrte. Nach einer Kostensenkungsaufforderung vom 11.3.2014 bewilligte der Beklagte den KlÃ¤gern ab dem 1.7.2014 Leistungen nach dem SGBÂ II lediglich unter BerÃ¼cksichtigung einer Bruttokaltmiete iHv 404,60Â Euro.

Â

3

Auf ihren Weiterbewilligungsantrag bewilligte der Beklagte den KlÃ¤gern zunÃ¤chst vorlÃ¤ufig Leistungen nach dem SGBÂ II fÃ¼r Februar bis Juli 2017 unter BerÃ¼cksichtigung von Bedarfen fÃ¼r Unterkunft iHv insgesamt 414,80Â Euro *(Bescheid vom 22.12.2016; Ã□nderungsbescheid vom 6.1.2017)*. Diesen Betrag setzte er auf Grundlage der â□□Mietwerterhebung Kreis Dithmarschen â□□Â Erstellung eines schlÃ¼ssigen Konzepts zur Ableitung der KdU-Richtwerteâ□□ aus August 2012 in der Gestalt der â□□KdU-Richtwerte 2014Â â□□

Indexfortschreibung des schlÃ¼ssigen Konzepts 2012â□□ aus Februar 2014 fest.

Â

4

Den auf BerÃ¼cksichtigung der tatsÃ¤chlich zu zahlenden Bruttokaltmiete gerichteten Widerspruch vom 12.1.2017 wies der Beklagte nach endgÃ¼ltiger Bewilligung von Leistungen nach dem SGBÂ II fÃ¼r Februar bis Juli 2017 unter BerÃ¼cksichtigung von Bedarfen fÃ¼r Unterkunft iHv 487,04Â Euro *(Bescheid vom 10.2.2017)* zurÃ¼ck *(Widerspruchsbescheid vom 23.2.2017)*. Der seitens des Beklagten nunmehr gewÃ¤hrte Betrag fÃ¼r eine angemessene Bruttokaltmiete ergab sich dabei aus dem â□□Konzept zur Ermittlung der Bedarfe fÃ¼r Unterkunft 2016â□□ aus Januar 2017 (im Folgenden: Konzept 2016), welches aufgrund einer sog â□□Clusteranalyseâ□□ die Bildung von Mietkategorien innerhalb des als Vergleichsraum zugrunde gelegten Kreises Dithmarschen vornahm. Im Oktober 2019 erstellte der Beklagte die â□□Korrektur des Konzepts zur Ermittlung der Bedarfe fÃ¼r Unterkunft 2016 und der Fortschreibung 2018â□□ (im Folgenden: Korrekturbericht 2016), welches erneut das gesamte Gebiet des Kreises Dithmarschen als Vergleichsraum zugrunde legt, allerdings keine Unterteilung in verschiedene Mietkategorien mehr vorsieht. Aufgrund eines mit der Mietzahlung zugunsten der KlÃ¤ger verrechneten Heizkostenguthabens iHv 273,52Â Euro hob der Beklagte die Leistungsbewilligung fÃ¼r April 2017 in dieser HÃ¶he auf *(Ã□nderungsbescheid vom 20.3.2017).*

Â

5

Das SG hat die Klagen abgewiesen *(Urteil vom 29.1.2019)*. Das Konzept 2016 erfÃ¼lle die Anforderungen an ein schlÃ¼ssiges Konzept im Sinne der Rechtsprechung des BSG. Unter BerÃ¼cksichtigung der Nachberechnungen ergÃ¤ben sich angemessene Kosten der Unterkunft iHv 469,20Â Euro monatlich. Da der Beklagte den KlÃ¤gern tatsÃ¤chlich bereits 487,05Â Euro gewÃ¤hrt habe, verbleibe es bei diesem Betrag.

Â

6

Auf die zugelassenen Berufungen der KlÃ¤ger hat das LSG das Urteil des SG aufgehoben, den Beklagten unter AbÃ¤nderung der entgegenstehenden Bescheide verurteilt, bei den KlÃ¤gern fÃ¼r die Zeit vom 1.2. bis 31.7.2017 Kosten der Unterkunft iHv 577,50Â Euro zzgl Heizkosten fÃ¼r Februar 2017 iHv 182,80Â Euro sowie vom 1.4. bis 31.7.2017 iHv 155,93Â Euro dem Grunde nach zu berÃ¼cksichtigen und das Heizkostenguthaben iHv 273,52Â Euro auf die Bedarfe fÃ¼r Unterkunft und Heizung im April 2017 anzurechnen, und die Berufungen im Ã□brigen zurÃ¼ckgewiesen *(Urteil vom 19.5.2020)*. Die seitens des Beklagten

aufgrund des Konzepts 2016 zugrunde gelegte Mietobergrenze beruhe nicht auf einem schlÃ¼ssigen Konzept im Sinne der Rechtsprechung des BSG. Dies gelte auch nach Vorlage des Korrekturberichts. Zum einen kÃ¶nne der gesamte Kreis Dithmarschen mangels verkehrlicher Verbundenheit nicht als ein Vergleichsraum angesehen werden, da es an einer hinreichenden Erreichbarkeit des gesamten Kreisgebiets durch den Ãffentlichen Personennahverkehr (ÃPNV) fehle. Zum anderen seien die verwendeten DatensÃ¤tze nicht reprÃ¤sentativ und daher nicht geeignet, RÃ¼ckschlÃ¼sse auf die abgeleiteten Angemessenheitswerte zu ziehen. Der Beklagte habe allein unter Bezugnahme auf Entscheidungen des BSG eine Mindestwohnungsgrenze von 25Â qm in sein Konzept Ã¼bernommen, ohne diesbezÃ¼glich konkrete Feststellungen zum Wohnungsmarkt im Vergleichsraum zu treffen. Ferner sei das Alter der fÃ¼r die Ermittlung der Bestandsmieten herangezogenen MietverhÃ¤ltnisse nicht geeignet, das zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Konzepts aktuelle Mietniveau realitÃ¤tsgerecht abzubilden. Dazu hÃ¤tte er nur auf solche Bestandsmieten abstellen dÃ¼rfen, die auf Grundlage von in den letzten vier Jahren abgeschlossenen oder geÃ¤nderten MietvertrÃ¤gen erhoben worden seien. Die im Konzept 2016 verwendeten Daten spiegelten auch nicht im ausreichenden MaÃe die Vermieterstruktur wieder. Weder das Konzept 2016 noch der Korrekturbericht 2016 enthielten AusfÃ¼hrungen zu einer mÃ¶glichen Gewichtung der erhobenen Daten im VerhÃ¤ltnis des jeweiligen Marktanteils der Klein- bzw Privatvermieter und institutionellen GroÃvermieter. Dem Beklagten sei nicht Gelegenheit zu geben, die korrigierte Fassung des Konzepts nachzubessern. Vor diesem Hintergrund kÃ¶nne auf die Werte des WoGG zzgl eines Sicherheitszuschlages iHv zehn Prozent zurÃ¼ckgegriffen werden, so dass sich eine Mietobergrenze iHv 577,50Â Euro ergebe. Ein Anspruch auf Ãbernahme der tatsÃ¤chlichen Miete stehe den KlÃ¤gern nicht zu. Der Beklagte habe sie ordnungsgemÃ¤Ã zur Kostensenkung aufgefordert. Zudem seien den KlÃ¤gern KostensenkungsmaÃnahmen mÃ¶glich und zumutbar.

Â

7

Mit der vom LSG zugelassenen Revision rÃ¼gt der Beklagte sinngemÃ¤Ã die Verletzung von Â§Â 22 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II. Der Kreis Dithmarschen stelle einen Vergleichsraum dar. Insbesondere aus der Rechtsprechung des BSG ergebe sich keine Vorgabe, dass die verkehrliche Verbundenheit am ÃPNV zu messen sei. Die Erfassung auch Ã¤lterer Bestandsmieten sei nicht zu beanstanden, da Ã¼ber das iterative Verfahren ein Abgleich mit Angebots- und Neuvertragsmieten erfolgt sei. Der verwandte Datensatz sei hinsichtlich der Vermieterstruktur ausreichend reprÃ¤sentativ. Es seien Daten von privaten Vermietern eingeflossen, wenn auch nicht im VerhÃ¤ltnis des Mietwohnungsbestandes. Im Ãbrigen orientierten sich Kleinvermieter an den Werten der professionellen Vermieter. Auch sorge der verwendete SGBÂ II-Datensatz dafÃ¼r, dass insgesamt ein MischverhÃ¤ltnis der Mieten erreicht werde, da er die Gesamtheit der Vermieterstruktur erfasse. Das LSG habe dem Beklagten nicht die Gelegenheit gegeben, die erhobenen Beanstandungen durch Nachbesserungen auszurÃ¤umen, obwohl er dies sowohl schriftsÃ¤tzlich als auch im Rahmen der mÃ¼ndlichen Verhandlung angeboten

habe.

Â

8

Der Beklagte beantragt,
das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 19.Â Mai 2020 aufzuheben und die Berufung der KlÃ¤ger gegen das Urteil des Sozialgerichts Schleswig vom 29.Â Januar 2019 zurÃ¼ckzuweisen.

Â

9

Die KlÃ¤ger beantragen,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

Â

10

Die KlÃ¤ger verteidigen die angegriffene Entscheidung.

Â

II

Â

11

Die Revision des Beklagten ist zulÃ¤ssig, insbesondere statthaft. Das LSG hat im Tenor seines Urteils die Revision fÃ¼r den Senat bindend *(*Â§Â 160 AbsÂ 3 SGG*)* uneingeschrÃ¤nkt zugelassen. Dass es in den EntscheidungsgrÃ¼nden demgegenÃ¼ber ausfÃ¼hrt, dass GrÃ¼nde fÃ¼r die Zulassung der Revision nicht gegeben seien, ist angesichts des eindeutig gefassten Tenors unschÃ¤dlich *(vgl BSG vom 5.7.2005 â□□Â* BÂ 4Â RA 15/04Â R*Â â□□* SozR 4â□□2600 Â§Â 307b NrÂ 6 *RdNrÂ 12 â□□Â juris RdNrÂ 17).*

Â

12

Die Revision des Beklagten ist im Sinne der Aufhebung des angefochtenen Urteils und ZurÃ¼ckverweisung der Sache an das LSG begrÃ¼ndet *(*Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGG*)*. Auf der Grundlage der Feststellungen des LSG kann der Senat nicht darÃ¼ber entscheiden, ob die KlÃ¤ger fÃ¼r den streitgegenstÃ¤ndlichen Zeitraum

den vom LSG zugesprochenen hÃ¶heren Anspruch auf Leistungen fÃ¼r Unterkunft und Heizung haben.

Â

13

1.Â Gegenstand des Revisionsverfahrens ist neben den vorinstanzlichen Entscheidungen der Bescheid des Beklagten vom 10.2.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 23.2.2017. Der endgÃ¼ltige Bewilligungsbescheid vom 10.2.2017 hat die vorlÃ¤ufigen Bewilligungs- und Ã□nderungsbescheide vom 22.12.2016 und vom 6.1.2017 ersetzt *(vgl* Â§Â 39 AbsÂ 2 SGBÂ X*)* und ist gemÃ¤Ã□ Â§Â 86 HalbsatzÂ 1 SGG Gegenstand des gegen diese durchgefÃ¼hrten Widerspruchsverfahrens geworden *(vgl zum Anwendungsbereich des* Â§Â 86 SGG *BSG vom 24.6.2020 â□□Â* BÂ 4Â AS 7/20Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 107 RdNrÂ 18)*; die zuvor erlassenen vorlÃ¤ufigen Bescheide sind daher nicht mehr Gegenstand des Revisionsverfahrens *(vgl BSG vom 19.3.2020 â□□Â* BÂ 4Â AS 1/20Â R*Â â□□ juris RdNrÂ 10 mwN)*. Ebenfalls Gegenstand des Verfahrens ist gemÃ¤Ã□ Â§Â 96 AbsÂ 1 SGG der wÃ¤hrend des Klageverfahrens erlassene Ã□nderungsbescheid vom 20.3.2017 geworden, der die Leistungsbewilligung fÃ¼r den Monat April 2017 abgeÃ¤ndert und insoweit wiederum den Bescheid vom 10.2.2017 vollstÃ¤ndig ersetzt hat *(vgl BSG vom 25.4.2018 â□□Â* BÂ 14Â AS 21/17Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 95 RdNrÂ 9)*. Streitgegenstand sind allein hÃ¶here Leistungen der KlÃ¤ger fÃ¼r Bedarfe fÃ¼r Unterkunft und Heizung fÃ¼r Februar bis Juli 2017, worauf sie ihre Klage zulÃ¤ssig beschrÃ¤nkt haben *(vgl BSG vom 17.9.2020 â□□Â* BÂ 4Â AS 22/20Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 16 mwN â□□Â zur VerÃ¶ffentlichung auch in BSGE vorgesehen)*.

Â

14

2.Â Der Senat kann auf der Grundlage der Feststellungen des LSG nicht entscheiden, ob die KlÃ¤ger die vom LSG zugesprochenen hÃ¶heren LeistungsansprÃ¼che haben.

Â

15

a) Nach den mit der Revision unangegriffenen und damit bindenden *(*Â§Â 163 SGG*)* Feststellungen des LSG lebten die KlÃ¤ger in dem hier streitigen Zeitraum in einer Bedarfsgemeinschaft und erfÃ¼llten die Leistungsvoraussetzungen nach Â§Â 7 AbsÂ 1 SatzÂ 1, AbsÂ 2 SGBÂ II. Insbesondere waren sie mangels bedarfsdeckenden Einkommens und VermÃ¶gens hilfebedÃ¼rftig iS von Â§Â 9 SGBÂ II.

Â

16

Die KlÃ¤ger erfÃ¼llten auch keinen Leistungsausschlusstatbestand nach dem SGBÂ II. Dies gilt insbesondere fÃ¼r die KlÃ¤gerin zuÂ 1 mit Blick auf Â§Â 7 AbsÂ 5 SatzÂ 1 SGBÂ II *(in der hier maÃgeblichen, ab dem 1.8.2016 geltenden Fassung des Neunten Gesetzes zur Ãnderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch â€ÂÂ RechtsvereinfachungÂ â€ sowie zur vorÃ¼bergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom 26.7.2016,* BGBlÂ I 1824*)*, wonach Auszubildende, deren Ausbildung im Rahmen des BAfÃ¶G dem Grunde nach fÃ¶rderungsfÃ¤hig ist, Ã¼ber die Leistungen nach Â§Â 27 SGBÂ II hinaus keinen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts haben. Denn diese Vorschrift ist nach Â§Â 7 AbsÂ 6 NrÂ 2a SGBÂ II *(ebenfalls in der ab dem 1.8.2016 geltenden Fassung)* nicht auf Auszubildende anzuwenden, deren Bedarf sich ua nach Â§Â 12 BAfÃ¶G bemisst und die Leistungen nach dem BAfÃ¶G erhalten. Nach dem Gesamtzusammenhang der Feststellungen des LSG absolvierte die KlÃ¤gerin zuÂ 1 in dem hier streitigen Zeitraum an einer Fachschule fÃ¼r SozialpÃ¤dagogik eine Ausbildung zur Erzieherin und bezog Leistungen nach dem BAfÃ¶G, deren HÃ¶he sich nach Â§Â 12 AbsÂ 2 NrÂ 1 BAfÃ¶G bemaÃ.

Â

17

b) Die Bedarfe fÃ¼r Unterkunft und Heizung werden in HÃ¶he der tatsÃ¤chlichen Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind *(*Â§Â 22 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II*)*. Zur Bestimmung des anzuerkennenden Bedarfs fÃ¼r die Unterkunft ist von den tatsÃ¤chlichen Aufwendungen auszugehen. Will das Jobcenter nicht die tatsÃ¤chlichen Aufwendungen als Bedarf anerkennen, weil es sie fÃ¼r unangemessen hoch hÃ¤lt, muss es grundsÃ¤tzlich ein Kostensenkungsverfahren durchfÃ¼hren und der leistungsberechtigten Person den der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang der Aufwendungen mitteilen *(BSG vom 17.9.2020 â€ÂÂ* BÂ 4Â AS 11/20Â R*Â â€ SozR 4â€4200 Â§Â 22 NrÂ 109 RdNrÂ 15)*. Aufgrund der Feststellungen des LSG bestehen keine Zweifel, dass die KlÃ¤ger eine ordnungsgemÃ¤Ãe Kostensenkungsaufforderung *(vgl hierzuÂ BSG vom 10.9.2013 â€ÂÂ* BÂ 4Â AS 77/12Â R*Â â€ SozR 4â€4200 Â§Â 22 NrÂ 70 RdNrÂ 41Â ff)* erhalten haben, so dass es allein darauf ankommt, ob der angemessene Umfang der abgesenkten Kosten der Unterkunft richtig ermittelt worden ist.

Â

18

Die Ermittlung des angemessenen Umfangs der Aufwendungen fÃ¼r Unterkunft und Heizung hat in zwei grÃ¶Ãeren Schritten zu erfolgen: ZunÃ¤chst sind die abstrakt angemessenen Aufwendungen fÃ¼r die Unterkunft, bestehend aus Nettokaltmiete und kalten Betriebskosten (=Â Bruttokaltmiete), zu ermitteln; dann ist die konkrete Angemessenheit dieser Aufwendungen im Vergleich mit den tatsÃ¤chlichen Aufwendungen, insbesondere auch im Hinblick auf die Zumutbarkeit

der notwendigen Einsparungen, einschlieÃ□lich eines Umzugs, zu prÃ¼fen *(stRspr; vgl etwa BSG vom 30.1.2019 â□□Â* BÂ 14Â AS 24/18Â R*Â â□□* BSGE 127, 214 *=Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 19 mwN; BSG vom 17.9.2020 â□□Â* BÂ 4Â AS 22/20Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 23 â□□Â zur VerÃ¶ffentlichung auch in BSGE vorgesehen)*. Die Ermittlung der abstrakt angemessenen Aufwendungen hat unter Anwendung der Produkttheorie (â□□WohnungsgrÃ¶Ã□e in Quadratmeter multipliziert mit dem Quadratmeterpreisâ□□) in einem mehrstufigen Verfahren zu erfolgen, das sich wie folgt zusammenfassen lÃ¤sst: (1)Â Bestimmung der (abstrakt) angemessenen WohnungsgrÃ¶Ã□e fÃ¼r die leistungsberechtigte(n) Person(en), (2)Â Bestimmung des angemessenen Wohnungsstandards, (3)Â Ermittlung der aufzuwendenden Nettokaltmiete fÃ¼r eine nach GrÃ¶Ã□e und Wohnungsstandard angemessene Wohnung in dem maÃ□geblichen Ã¶rtlichen Vergleichsraum nach einem schlÃ¼ssigen Konzept, (4)Â Einbeziehung der angemessenen kalten Betriebskosten *(stRspr; zusammenfassend BSG vom 30.1.2019 â□□Â* BÂ 14Â AS 24/18Â R*Â â□□* BSGE 127, 214 *=Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 20 mwN; BSG vom 17.9.2020 â□□Â* BÂ 4Â AS 22/20Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 23 â□□Â zur VerÃ¶ffentlichung auch in BSGE vorgesehen)*. FÃ¼r einen angemessenen Wohnungsstandard muss die Wohnung nach Ausstattung, Lage und Bausubstanz einfachen und grundlegenden BedÃ¼rfnissen entsprechen und keinen gehobenen Wohnstandard aufweisen, wobei es genÃ¼gt, dass das Produkt aus WohnflÃ¤che und Standard, das sich in der Wohnungsmiete niederschlÃ¤gt, angemessen ist *(zuletzt BSG vom 17.9.2020 â□□Â* BÂ 4Â AS 22/20Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 25 mwN â□□Â zur VerÃ¶ffentlichung auch in BSGE vorgesehen)*.

Â

19

aa) Zutreffend hat das LSG unter Heranziehung von NrÂ 3.2.2 der Verwaltungsbestimmungen zum Schleswig-Holsteinischen WohnraumfÃ¶rderungsgesetz vom 22.8.2012 *(VB-SHWoFG, Amtsbl Schl-H 2012 SÂ 790; berichtigt SÂ 970; geÃ¤ndert durch Verwaltungsvorschrift vom 16.6.2014, Amtsbl Schl-H 2014, SÂ 500)* eine angemessene GrÃ¶Ã□e der Wohnung einer vierkÃ¶pfigen Bedarfsgemeinschaft von Leistungsbeziehern nach dem SGBÂ II in Schleswig-Holstein von 85Â qm angenommen *(vgl insoweit zum RÃ¼ckgriff auf landesrechtliche WohnraumfÃ¶rderbestimmungen BSG vom 22.8.2012 â□□Â* BÂ 14Â AS 13/12Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 64 RdNrÂ 16Â ff)*.

Â

20

bb) Nach den Feststellungen des LSG kann der Senat allerdings dessen EinschÃ¤tzung nicht folgen, dass es sich bei dem Kreis Dithmarschen nicht um einen Vergleichsraum handelt.

Â

21

Der Vergleichsraum ist der Raum, fÃ¼r den ein grundsÃ¤tzlich einheitlicher abstrakter Angemessenheitswert zu ermitteln und innerhalb dessen einer leistungsberechtigten Person ein Umzug zur Kostensenkung grundsÃ¤tzlich zumutbar ist sowie ein nicht erforderlicher Umzug nach Â§Â 22 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ II zu einer Deckelung der Aufwendungen auf die bisherigen fÃ¼hrt *(BSG vom 30.1.2019 â□□Â BÂ 14Â AS 24/18Â RÂ â□□ BSGE 127, 214 =Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 22 mwN)*. Der Vergleichsraum ist ein ausgehend vom Wohnort der leistungsberechtigten Person bestimmter ausreichend groÃ□er Raum der Wohnbebauung, der aufgrund rÃ¤umlicher NÃ¤he, Infrastruktur und insbesondere verkehrstechnischer Verbundenheit einen insgesamt betrachtet homogenen Lebens- und Wohnbereich bildet *(BSG vom 30.1.2019 â□□Â BÂ 14Â AS 24/18Â RÂ â□□ BSGE 127, 214 =Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 22 mwN)*. PersÃ¶nliche UmstÃ¤nde wie etwa das (nÃ¤here) soziale und schulische Umfeld minderjÃ¤hriger schulpflichtiger Kinder, Alleinerziehender oder behinderter oder pflegebedÃ¼rftiger Menschen bzw der sie betreuenden FamilienangehÃ¶rigen kÃ¶nnen GrÃ¼nde darstellen, die zu EinschrÃ¤nkungen der Obliegenheit zur Senkung unangemessener Kosten der Unterkunft im Sinne subjektiver Unzumutbarkeit fÃ¼hren. Eine abweichende Bestimmung des maÃ□geblichen Vergleichsraumes schon bei Bestimmung der abstrakt angemessenen Kosten ist aber nicht vorzunehmen *(BSG vom 22.8.2012 â□□Â BÂ 14Â AS 13/12Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 64 RdNrÂ 21 mwN).*

Â

22

Das ZustÃ¤ndigkeitsgebiet eines Jobcenters bildet grundsÃ¤tzlich einen Vergleichsraum, der indes aufgrund der Ã¶rtlichen Gegebenheiten in mehrere VergleichsrÃ¤ume zu unterteilen sein kann, fÃ¼r die jeweils eigene Angemessenheitswerte bestimmt werden kÃ¶nnen *(BSG vom 30.1.2019 â□□Â BÂ 14Â AS 24/18Â RÂ â□□ BSGE 127, 214 =Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 23)*. Dies ergibt sich aus der in Â§Â 22b AbsÂ 1 SatzÂ 4 SGBÂ II enthaltenen Wertung, wonach die Kreise und kreisfreien StÃ¤dte ihr Gebiet in mehrere VergleichsrÃ¤ume unterteilen kÃ¶nnen, fÃ¼r die sie jeweils eigene Angemessenheitswerte bestimmen. Zwar hat der Gesetzgeber in den Â§Â§Â 22a bis 22c SGBÂ II keine Vorgaben fÃ¼r die Erstellung schlÃ¼ssiger Konzepte gemacht, sondern lediglich fÃ¼r die Erstellung der dort geregelten Satzungen. Die dortigen Vorgaben kÃ¶nnen allerdings orientierende Wirkung auch fÃ¼r die Auslegung des Â§Â 22 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II dahingehend haben, dass Kriterien, die der Gesetzgeber fÃ¼r die Erstellung von Satzungen legitimiert hat, auch legitime Kriterien fÃ¼r die Erstellung schlÃ¼ssiger Konzepte sind (*BSG vom 17.9.2020 â□□Â BÂ 4Â AS 22/20Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 33 â□□Â zur VerÃ¶ffentlichung auch in BSGE vorgesehen).*

Â

23

Als solche Ã¶rtlichen Gegebenheiten kommen weniger unterschiedliche Landschaften, sondern eher rÃ¤umliche Orientierungen, wie Tagespendelbereiche fÃ¼r BerufstÃ¤tige oder die NÃ¤he zu BallungsrÃ¤umen, sowie aus der Datenerhebung ersichtliche, deutliche Unterschiede im Mietpreisniveau in Betracht *(BSG vom 30.1.2019 â□□Â* BÂ 14Â AS 24/18Â R*Â â□□* BSGE 127, 214 *=Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 23)*. Zu einer eigenen Festlegung des Vergleichsraums ist das Gericht dabei nicht befugt (*BSG vom 30.1.2019 â□□Â* BÂ 14Â AS 24/18Â R*Â â□□* BSGE 127, 214 *=Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 31)*. Insbesondere ist es, wenn das zustÃ¤ndige Jobcenter von einem Vergleichsraum fÃ¼r den gesamten Landkreis ausgeht, nicht zulÃ¤ssig, dass das Gericht diesen Vergleichsraum unterteilt und zB jede einzelne Kommune im Landkreis als eigenen Vergleichsraum ansieht *(BSG vom 30.1.2019 â□□Â* BÂ 14Â AS 24/18Â R*Â â□□* BSGE 127, 214 *=Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 31)*.

Â

24

Soweit das BSG es bei GroÃ□stÃ¤dten fÃ¼r mÃ¶glich erachtet hat, dass ein gesamtes Stadtgebiet einen Vergleichsraum bildet *(fÃ¼r MÃ¼nchen BSG vom 19.2.2009 â□□Â* BÂ 4Â AS 30/08Â R*Â â□□* BSGE 102, 263 *=Â* SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 19*, RdNrÂ 21Â f; fÃ¼r Berlin BSG vom 19.10.2010 â□□Â* BÂ 14Â AS 50/10Â R *Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 42 RdNrÂ 24)*, ist dies auf (kleinere) StÃ¤dte in FlÃ¤chenlandkreisen nicht ohne Weiteres Ã¼bertragbar *(vgl BSG vom 11.12.2012 â□□Â* BÂ 4Â AS 44/12Â R*Â â□□ juris RdNrÂ 17)*. FÃ¼r die Rechtsprechung zu kleineren, aber kreisfreien StÃ¤dten mit ca 35Â 000 Einwohnern *(BSG vom 20.8.2009 â□□Â* BÂ 14Â AS 65/08Â R*Â â□□* SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 26 *RdNrÂ 15 fÃ¼r ZweibrÃ¼cken)* gilt das Gleiche. Eine kleinteiligere Unterteilung eines Landkreises darf nicht die angefÃ¼hrten Entscheidungen zu (GroÃ□â□□)StÃ¤dten in ihr Gegenteil verkehren, weil aus eher groÃ□en eher kleinteilige VergleichsrÃ¤ume werden, und erfordert eine eingehende WÃ¼rdigung verschiedener Faktoren, die dem Jobcenter aufgrund der Methodenvielfalt vorbehalten ist *(vgl BSG vom 30.1.2019 â□□Â* BÂ 14Â AS 24/18Â R*Â â□□* BSGE 127, 214 *=Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 33)*.

Â

25

Das LSG hat seine Annahme, dass nicht der gesamte Landkreis Dithmarschen als Vergleichsraum zugrunde zu legen ist, damit begrÃ¼ndet, dass die erforderliche verkehrliche Verbundenheit im gesamten Kreisgebiet nicht gegeben sei. Die Frage der Erreichbarkeit des gesamten Kreisgebiets sei bereits im Rahmen der abstrakten Angemessenheit und damit bei der Bildung des Vergleichsraums zu berÃ¼cksichtigen. Der Landkreis verfÃ¼ge nÃ¤mlich â□□Â auÃ□erhalb der SchÃ¼lerbefÃ¶rderungÂ â□□ nicht Ã¼ber einen ausreichend vorhandenen Ã□PNV

mit hoher Taktfrequenz, der den Kreis insgesamt erschlieÃ□e und vor allem auch VerbindungsmÃ¶glichkeiten am Wochenende und in den Schulferien ohne Weiteres hÃ¤tte gewÃ¤hrleisten kÃ¶nnen. Somit kÃ¶nne nicht von einer ausreichenden rÃ¤umlichen NÃ¤he und hinreichenden verkehrstechnischen Verbundenheit aller Gemeinden im Gebiet des Beklagten ausgegangen und eine Aufrechterhaltung des sozialen Umfelds gewÃ¤hrleistet werden. Dem kÃ¶nne auch nicht entgegengehalten werden, dass im Rahmen der Zeitgrenzen des Â§Â 140 AbsÂ 4 SGBÂ III auf die Pendelzeiten motorisierter Berufspendler im Kreis abzustellen sei. Die Bestimmung des Vergleichsraums auf der abstrakten Ebene dÃ¼rfe nicht von der individuellen VerfÃ¼gbarkeit eines Pkw abhÃ¤ngig gemacht werden.

Â

26

Diese Auffassung hÃ¤lt revisionsrechtlicher PrÃ¼fung nicht stand. Allein die fehlende hinreichende Erreichbarkeit des Kreisgebiets durch den Ã□PNV vermag die Annahme einer fehlenden verkehrlichen Verbundenheit nicht zu rechtfertigen. Wie das LSG unangegriffen und damit fÃ¼r den Senat bindend festgestellt hat, besitzt der Ã□PNV im Kreis Dithmarschen einen Verkehrsmarktanteil von unter drei Prozent und bildet damit das Schlusslicht aller Kreise in Schleswig-Holstein. Fast 90Â Prozent der KreisbevÃ¶lkerung nutzen den Ã□PNV selten oder nie. Zudem weist die BevÃ¶lkerung des Kreises Dithmarschen nach den Feststellungen des LSG einen hohen Motorisierungsgrad auf. Dies bedeutet, dass der weitaus grÃ¶Ã□te Teil der KreisbevÃ¶lkerung, insbesondere auch im Nahverkehr, auf den Individualverkehr zurÃ¼ckgreift, und der Ã□PNV dementsprechend fÃ¼r die BevÃ¶lkerung im tÃ¤glichen (Nahâ□□)Verkehr keine oder nur eine vÃ¶llig untergeordnete Rolle spielt. Aus dieser (Nahâ□□)Verkehrsstruktur folgt jedoch, dass die verkehrliche Verbundenheit im Kreisgebiet vorwiegend durch den Individualverkehr sichergestellt wird. Die alleinige BerÃ¼cksichtigung des Ã□PNV missachtet damit die Ã¶rtlichen Gegebenheiten, insbesondere die tatsÃ¤chliche Verkehrsstruktur im Kreis Dithmarschen, und ist daher nicht geeignet, um die verkehrliche Verbundenheit in diesem wiederzugeben.

Â

27

Soweit das BSG auf die Erreichbarkeit des Stadtzentrums von der Peripherie durch den Ã□PNV innerhalb der Zumutbarkeitsgrenzen von Â§Â 121 AbsÂ 4 SatzÂ 2 SGBÂ III aF *(nunmehr* Â§Â 140 AbsÂ 4 SatzÂ 2 SGBÂ III*)* abgestellt hat, hat es allein konkret bezogen auf Berlin ausgefÃ¼hrt, dass der Ã□PNV dort auf die Erreichbarkeit des Stadtkerns von allen Stadtteilen her ausgerichtet ist und sich von den Randlagen aus in die innerstÃ¤dtischen Bezirke insoweit lediglich Fahrzeiten ergeben, wie sie auch erwerbstÃ¤tigen Pendlern nach Â§Â 121 AbsÂ 4 SatzÂ 2 SGBÂ III aF zugemutet werden *(BSG vom 19.10.2010 â□□Â* BÂ 14Â AS 2/10Â R*Â â□□ juris RdNrÂ 18)*. Unter BerÃ¼cksichtigung dieses und weiterer Kriterien folgerte das BSG, dass Berlin trotz seiner GrÃ¶Ã□e einen Vergleichsraum darstellt. Diese

AusfÃ¼hrungen sind im Zusammenhang mit den konkreten Gegebenheiten, insbesondere der (Nahâ□□)Verkehrsstruktur, in Berlin getroffen worden und daher nicht losgelÃ¶st von den Ã¶rtlichen VerhÃ¤ltnissen verallgemeinerungsfÃ¤hig. Die VerhÃ¤ltnisse von GroÃ□stÃ¤dten im Allgemeinen sind zudem, wenn Ã¼berhaupt, nur bedingt auf den lÃ¤ndlichen Raum Ã¼bertragbar, der im Regelfall nicht Ã¼ber ein annÃ¤hernd gleich gut ausgebautes Ã□PNV-Netz verfÃ¼gen wird.

Â

28

Das Abstellen allein auf den Ã□PNV im lÃ¤ndlichen Raum kÃ¶nnte zudem dazu fÃ¼hren, dass wiederum besonders schlecht angeschlossene Gebiete einen eigenen, sehr kleinen Vergleichsraum bilden, fÃ¼r den nicht ausreichend Mietdaten erhoben werden kÃ¶nnten. DarÃ¼ber hinaus bestÃ¼nde die Gefahr, dass solche abgelegenen Gebiete sich, Ã¤hnlich wie bei mittels einer â□□Clusteranalyseâ□□ zu Wohnungsmarkttypen zusammengefasste StÃ¤dte und Gemeinden, wie ein â□□Flickenteppichâ□□ Ã¼ber das gesamte Kreisgebiet zwischen gut Ã¼ber den Ã□PNV angeschlossene Gebiete verteilen und fÃ¼r sich genommen keinen aufgrund rÃ¤umlicher NÃ¤he, Infrastruktur und insbesondere verkehrstechnischer Verbundenheit insgesamt betrachtet homogenen Lebens- und Wohnbereich darstellen *(vgl BSG vom 30.1.2019 â□□Â* BÂ 14Â AS 24/18Â R*Â â□□* BSGE 127, 214 *=Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 35)*.

Â

29

Bei der Vergleichsraumbildung ist nicht zu berÃ¼cksichtigen, ob und inwiefern generell SGBÂ II-EmpfÃ¤nger entsprechend der Ã¶rtlichen Verkehrsstruktur in der Lage sind, den gesamten Vergleichsraum zu erreichen. Der Vergleichsraum soll denjenigen Raum darstellen, der â□□insgesamtâ□□ betrachtet einen homogenen Wohn- und Lebensbereich bildet. Hinsichtlich der Ã¶rtlichen Gegebenheiten ist daher auf die VerhÃ¤ltnisse der GesamtbevÃ¶lkerung abzustellen. Zudem bilden SGBÂ II-EmpfÃ¤nger an sich auch keine homogene Gruppe: Im Leistungsbezug stehen sowohl Erwerbslose ohne Pkw als auch berufstÃ¤tige Aufstocker, die einer BerufstÃ¤tigkeit nachgehen, ggf Ã¼ber einen Pkw verfÃ¼gen und zB weitere Strecken in lÃ¤ndlichen Gebieten als Pendler zurÃ¼cklegen kÃ¶nnen. Insofern kÃ¶nnen die Anforderungen an die verkehrliche ErschlieÃ□ung des Vergleichsraums sich entsprechend unterschiedlich darstellen. Eine Ausrichtung an den VerhÃ¤ltnissen von SGBÂ II-EmpfÃ¤ngern ist auch nicht erforderlich, um diese vor UmzÃ¼gen in Bereiche eines Vergleichsraumes zu schÃ¼tzen, von dem aus sie ihr soziales Umfeld nicht mehr aufrechterhalten kÃ¶nnen *(vgl BSG vom 19.10.2010 â□□Â* BÂ 14Â AS 2/10Â R*Â â□□ juris RdNrÂ 18)*.

Â

30

Vor diesem Hintergrund ist es unerheblich, dass Ausgaben fÃ¼r Pkw und deren Nutzung nicht regelbedarfsrelevant sind, zumal bei unterentwickeltem ÃPNV Umschichtungen im Regelbedarf durch Einsparungen insbesondere in der EVS-AbteilungÂ 7 âVerkehrâ denkbar sind. Des Weiteren werden Pendelkosten mit dem Pkw nach Â§Â 11b AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 5 SGBÂ II iVm Â§Â 6 AbsÂ 1 NrÂ 5 AlgÂ II-VO als pauschale AbsetzbetrÃ¤ge berÃ¼cksichtigt und ein angemessenes Kfz ist nach Â§Â 12 AbsÂ 3 NrÂ 2 SGBÂ II SchonvermÃ¶gen. Mithin ist auch bei SGBÂ II-EmpfÃ¤ngern die Unterhaltung eines Pkw ohne gesonderte BerÃ¼cksichtigung im Regelbedarf grundsÃ¤tzlich denkbar.Â

Â

31

cc) Aufgrund der Feststellungen des LSG kann der Senat auch nicht abschlieÃend darÃ¼ber befinden, ob die seitens des Beklagten der GewÃ¤hrung von Bedarfen fÃ¼r Unterkunft zugrunde gelegten abstrakten Angemessenheitswerte auf einem schlÃ¼ssigen Konzept beruhen, weil die RepräsentativitÃ¤t der erhobenen Daten dadurch beeintrÃ¤chtigt ist, dass sie die Vermieterstruktur nicht hinreichend wiedergibt.

Â

32

Ein schlÃ¼ssiges Konzept zur Ermittlung der angemessenen Netto- oder Bruttokaltmiete erfordert ein planmÃ¤Ãiges Vorgehen im Sinne einer systematischen Ermittlung und Bewertung genereller, wenn auch orts- und zeitbedingter Tatsachen fÃ¼r sÃ¤mtliche AnwendungsfÃ¤lle im maÃgeblichen Vergleichsraum unter Beachtung von mehreren, von der Rechtsprechung des BSG entwickelten Mindestvoraussetzungen, die auch die Festlegung der Art und Weise der Datenerhebung betreffen *(BSG vom 17.9.2020 âÂ* B 4Â AS 22/20Â R*Â â SozR 4â4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 27 mwN)*. Nach der Rechtsprechung des BSG soll das schlÃ¼ssige Konzept die GewÃ¤hr dafÃ¼r bieten, dass die aktuellen VerhÃ¤ltnisse des Mietwohnungsmarkts im Vergleichsraum dem Angemessenheitswert zugrunde liegen und dieser realitÃ¤tsgerecht ermittelt wird. SchlÃ¼ssig ist ein Konzept, wenn es neben rechtlichen bestimmte methodische Voraussetzungen erfÃ¼llt und nachvollziehbar ist. Dies erfordert trotz Methodenvielfalt insbesondere eine Definition der untersuchten Wohnungen nach GrÃ¶Ãe und Standard, Angaben Ã¼ber die Art und Weise der Datenerhebung, Angaben Ã¼ber den Zeitraum, auf den sich die Datenerhebung bezieht, RepräsentativitÃ¤t und ValiditÃ¤t der Datenerhebung, Einhaltung anerkannter mathematisch-statistischer GrundsÃ¤tze bei der Datenauswertung, Vermeidung von âBrennpunktenâ durch soziale Segregation sowie eine BegrÃ¼ndung, in der die Ermittlung der Angemessenheitswerte aus den Daten dargelegt wird *(grundlegend BSG vom 22.9.2009 âÂ* BÂ 4Â AS 18/09Â R*Â â* BSGE 104, 192 *=Â* SozR 4â4200 Â§Â 22 NrÂ 30*, RdNrÂ 18Â f; zuletzt BSG vom 17.9.2020 âÂ* B 4Â AS 22/20Â R*Â â SozR 4â4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 28 mwN)*.

Â

33

Ob ein solches Konzept die genannten methodischen Voraussetzungen erfÃ¼llt und nachvollziehbar ist, ist revisionsrechtlich nur begrenzt Ã¼berprÃ¼fbar *(BSG vom 18.11.2014 â□□Â BÂ 4Â AS 9/14Â RÂ â□□ BSGE 117, 250 =Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 81; BSG vom 17.9.2020 â□□Â B 4Â AS 22/20Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 29)*. Das BSG hat aus Â§Â 22 AbsÂ 1 SGBÂ II lediglich verallgemeinerbare, dh nicht von den jeweiligen WohnungsmÃ¤rkten abhÃ¤ngige und entwicklungsoffene GrundsÃ¤tze bzw PrÃ¼fungsmaÃ□stÃ¤be entwickelt, die Raum fÃ¼r die BerÃ¼cksichtigung von regionalen Bedingungen lassen *(BSG vom 18.11.2014 â□□Â BÂ 4Â AS 9/14Â RÂ â□□ BSGE 117, 250 =Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 81, RdNrÂ 14; zur Entwicklungsoffenheit zuletzt BSG vom 30.1.2019 â□□Â BÂ 14Â AS 24/18Â RÂ â□□ BSGE 127, 214 =Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 24)*. Ob diese generellen Anforderungen in Bezug auf ein bestimmtes Konzept erfÃ¼llt sind, ist eine Frage tatrichterlicher BeweiswÃ¼rdigung *(BSG vom 18.11.2014 â□□Â BÂ 4Â AS 9/14Â RÂ â□□ BSGE 117, 250 =Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 81, RdNrÂ 21, 30; BSG vom 17.9.2020 â□□Â BÂ 4Â AS 11/20Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 109 RdNrÂ 21; BSG vom 17.9.2020 â□□Â B 4Â AS 22/20Â R Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 29)*. Revisionsgerichtlich ist diese nur darauf zu Ã¼berprÃ¼fen, ob sie auf einem Rechtsirrtum beruht oder das Berufungsgericht die Grenzen des Â§Â 128 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG verletzt hat, indem es gegen allgemeine ErfahrungssÃ¤tze oder Denkgesetze verstoÃ□en oder das Gesamtergebnis des Verfahrens nicht ausreichend berÃ¼cksichtigt hat *(BSG vom 17.9.2020 â□□Â BÂ 4Â AS 11/20Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 109 RdNrÂ 21; BSG vom 17.9.2020 â□□Â BÂ 4Â AS 22/20Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 29)*.

Â

34

Eine weitere EinschrÃ¤nkung der revisionsgerichtlichen Ã□berprÃ¼fung ergibt sich zudem aus der nach der Rechtsprechung des BSG anzunehmenden Ausgestaltung der gerichtlichen Kontrolle von Konzepten zu den Wohnkosten als nachvollziehende Kontrolle im Sinne einer Verfahrenskontrolle *(auch dazu BSG vom 30.1.2019 â□□Â BÂ 14Â AS 24/18Â RÂ â□□ BSGE 127, 214 =Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 26 mwN)*. Die gerichtliche Verpflichtung zur Amtsermittlung findet ihre Grenze in der Mitwirkungslast der Beteiligten *(Â§Â 103 SatzÂ 1 SGG; BSG vom 17.9.2020 â□□Â BÂ 4Â AS 11/20Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 109 RdNrÂ 22; BSG vom 17.9.2020 â□□Â B 4Â AS 22/20Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 30 mwN)*, die vorliegend dadurch geprÃ¤gt ist, dass die Methodenauswahl dem Jobcenter vorbehalten ist und es nicht Aufgabe des Gerichts ist, ein unschlÃ¼ssiges Konzept mit sachverstÃ¤ndiger Hilfe schlÃ¼ssig zu machen. Einer ins Einzelne gehenden Ã□berprÃ¼fung bestimmter Detailfragen, worunter auch Einzelheiten der ReprÃ¤sentativitÃ¤t und ValiditÃ¤t der dem konkreten Konzept zugrunde gelegten Daten zu fassen sind, bedarf es daher erst dann, wenn fundierte

EinwÃ¤nde erhoben werden, die insbesondere Ã¼ber ein Bestreiten der Stimmigkeit bestimmter Daten hinausgehen mÃ¼ssen, oder die auf eine Verletzung der in Â§Â 22c SGBÂ II fÃ¼r eine Satzungsregelung enthaltenen Vorgaben zur Datenerhebung, â□□auswertung und â□□Ã¼berprÃ¼fung hindeuten *(BSG vom 17.9.2020 â□□Â BÂ 4Â AS 22/20Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 30 â□□Â zur VerÃ¶ffentlichung auch in BSGE vorgesehen)*. Im Ã□brigen kann es auch ausreichen, unter Auswertung der mittlerweile vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Erstellung schlÃ¼ssiger Konzepte *(vgl insbesondere den Forschungsbericht 478 des BMAS zur Ermittlung existenzsichernder Bedarfe fÃ¼r Unterkunft und Heizung, Institut Wohnen und Umwelt, 2017)* und allgemeiner Publikationen zum Ã¶rtlichen Wohnungsmarkt die gewÃ¤hlte Methode zu identifizieren und ihre fachliche Umsetzung im Allgemeinen â□□Â ggf unter besonderer WÃ¼rdigung der mit ihr verbundenen SchwÃ¤chenÂ â□□ zu Ã¼berprÃ¼fen *(BSG vom 17.9.2020 â□□Â BÂ 4Â AS 11/20Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 109 RdNrÂ 24)*.

Â

35

(1) Nach MaÃ□gabe dieser GrundsÃ¤tze ist das LSG zunÃ¤chst rechtsfehlerhaft davon ausgegangen, dass die RepräsentativitÃ¤t der erhobenen Daten dadurch beeintrÃ¤chtigt wird, dass nach dem Gesamtzusammenhang seiner Feststellungen der Beklagte bei Erstellung des Konzepts 2016 nicht entsprechend Â§Â 558d AbsÂ 2 SatzÂ 3 BGB (wie bei der Erstellung von qualifizierten Mietspiegeln) allein Bestandsmieten aus den letzten vier Jahren bezogen auf den Neuabschluss bzw die Ã□nderung eines Mietvertrages erhoben hat.

Â

36

Zwar sind die einem Mietspiegel zugrunde liegenden Daten grundsÃ¤tzlich geeignet, auch die grundsicherungsrechtliche Angemessenheitsgrenze zu bestimmen, so dass dann keine Angebotsmieten mehr in die Datenerhebung einflieÃ□en mÃ¼ssen *(BSG vom 10.9.2013 â□□Â BÂ 4Â AS 77/12Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 70 RdNrÂ 30*). Dadurch, dass nach Â§Â 558d AbsÂ 2 SatzÂ 3 BGB im Rahmen der Datenauswertung lediglich solche Mieten berÃ¼cksichtigungsfÃ¤hig sind, die in den letzten vier Jahren vor dem Stichtag der Datenerhebung geÃ¤ndert oder neu vereinbart wurden, wird bereits erreicht, dass nur aktuell zu zahlende Mieten der Datenerhebung zugrunde gelegt werden *(BSG vom 10.9.2013 â□□Â BÂ 4Â AS 77/12Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 70 RdNrÂ 30; vgl auch BSG vom 16.6.2015 â□□Â BÂ 4Â AS 44/14Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 85 RdNrÂ 22)*. Dies bedeutet aber nicht, dass auf Ã¤ltere Bestandsmieten generell nicht zurÃ¼ckgegriffen werden darf. Vielmehr kann der RÃ¼ckgriff auf Ã¤ltere Bestandsmieten durch die BerÃ¼cksichtigung von Angebotsmieten â□□kompensiertâ□□ werden *(vgl BSG vom 16.6.2015 â□□Â BÂ 4Â AS 44/14Â RÂ â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 85 RdNrÂ 22; BSG vom*

17.9.2020 â□□Â BÂ 4Â AS 22/20Â R*Â â□□ SozR 4-4200 Â§Â 22 NrÂ 111 RdNrÂ 32 â□□Â zur VerÃ¶ffentlichung auch in BSGE vorgesehen).* Ob und in welchem Umfang Angebotsmieten als Datengrundlage herangezogen werden, betrifft die Methodenfreiheit der GrundsicherungstrÃ¤ger *(BSG vom 3.9.2020 â□□Â* BÂ 14Â AS 34/19Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 110 RdNrÂ 27 â□□Â zur VerÃ¶ffentlichung auch in BSGE vorgesehen)*.

Â

37

Vorliegend sind neben Bestandsmieten auch Angebots- und Neuvertragsmieten bei der Erstellung des Konzepts erhoben und berÃ¼cksichtigt worden. Die BerÃ¼cksichtigung von Angebotsmieten erfolgte im Rahmen des sog iterativen (AnnÃ¤hrungsâ□□)Verfahrens. Dabei hat der Beklagte zunÃ¤chst in einem ersten Schritt auf Basis der erhobenen Bestandsmieten und unter BerÃ¼cksichtigung des Anteils der relevanten Nachfragegruppen (SGBÂ II-Bedarfsgemeinschaften, SGBÂ XII- und WohngeldempfÃ¤nger, AsylbLG-LeistungsempfÃ¤nger und Geringverdiener ohne Leistungsbezug) einen vorlÃ¤ufigen Angemessenheitswert definiert. In einem zweiten Schritt hat er auf Basis der erhobenen Angebotsmieten Ã¼berprÃ¼ft, ob ein ausreichender Anteil der angebotenen Wohnungen zu dem ermittelten vorlÃ¤ufigen Angemessenheitswert angemietet werden kÃ¶nnte. Sofern dies nicht der Fall war, wurde dieser Wert â□□iterativâ□□ erhÃ¶ht, um den endgÃ¼ltigen Angemessenheitswert zu ermitteln, zu dem ausreichend Wohnungen angeboten werden. Diese Vorgehensweise ist von der Methodenfreiheit des GrundsicherungstrÃ¤gers gedeckt und daher nicht zu beanstanden *(so auch BSG vom 3.9.2020 â□□Â* BÂ 14Â AS 34/19Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 110 RdNrÂ 27 â□□Â zur VerÃ¶ffentlichung auch in BSGE vorgesehen)*. Dementsprechend durfte der Beklagte auch auf Bestandsmieten zurÃ¼ckgreifen, denen MietvertrÃ¤ge zugrunde lagen, die vor mehr als vier Jahren vor Erstellung des Konzepts 2016 abgeschlossen oder geÃ¤ndert worden waren.

Â

38

(2) In Bezug auf das hier streitige Konzept 2016 in Verbindung mit dem Korrekturbericht 2016 bemÃ¤ngelt das LSG des Weiteren, dass die seitens des Beklagten unter Bezugnahme auf Entscheidungen des BSG erfolgte Ã□bernahme einer Mindestwohnungsgrenze von 25Â qm, ohne diesbezÃ¼gliche konkrete Feststellungen des Wohnungsmarktes im Vergleichsraum zu treffen, nicht geeignet sei, den Wohnungsmarkt fÃ¼r Ein-Personen-Haushalte hinreichend reprÃ¤sentativ abzubilden. Der Senat kann vorliegend offenlassen, ob dies zutrifft. Denn fÃ¼r den vorliegenden Fall ist dies ohne Bedeutung, da die abstrakt angemessene Miete fÃ¼r einen Vier-Personen-Haushalt streitig ist, mithin nicht streitentscheidend ist, ob ggf die Feststellung der abstrakt angemessenen Miete fÃ¼r einen Ein-Personen-Haushalt auf Grundlage eines schlÃ¼ssigen Konzepts erfolgt ist. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass vorliegend die angemessene

Bruttokaltmiete jeweils nach HaushaltsgrÃ¶Ãe unter BerÃ¼cksichtigung der jeweils angemessenen WohnflÃ¤che ermittelt worden ist.

Â

39

(3) Rechtsfehlerfrei hat das LSG allerdings angenommen, dass die ReprÃ¤sentativitÃ¤t der erhobenen Daten dadurch beeintrÃ¤chtigt ist, dass sich aus dem Konzept 2016 (in der Gestalt des Korrekturberichts 2016) nicht ergibt, dass es die Vermieterstruktur des Kreises Dithmarschen hinreichend wiedergibt. Nach den Feststellungen des LSG enthÃ¤lt es keine Angaben zum zahlenmÃ¤Ãigen VerhÃ¤ltnis der institutionellen groÃen zu den privaten Vermietern der in der Stichprobe berÃ¼cksichtigten Mietwerte. Auch fehlen Angaben zu mÃ¶glichen differierenden MiethÃ¶hen der unterschiedlichen Vermietergruppen.

Â

40

Die Annahme des LSG, dass eine potentiell nicht hinreichende BerÃ¼cksichtigung der Daten privater Vermieter in der Datenauswertung gegen die Annahme eines schlÃ¼ssigen Konzepts spricht, ist nicht zu beanstanden. Eine Stichprobenauswertung kann nur dann als reprÃ¤sentativ bezeichnet werden, wenn alle wesentlichen Teilgruppen der Grundgesamtheit (ua die Wohnungen der GroÃvermieter wie der Kleinvermieter) entsprechend ihres Anteils in der Stichprobe enthalten sind *(BSG vom 3.9.2020 â□□Â* BÂ 14Â AS 34/19Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 110 RdNrÂ 33)* bzw bei der Auswertung entsprechend gewichtet werden. Daher reicht es nicht aus, dass Ã¼berhaupt private Vermieter berÃ¼cksichtigt worden sind. Auch gibt es fÃ¼r die Auffassung des Beklagten, dass sich die Kleinvermieter an den institutionellen Vermietern hinsichtlich der MiethÃ¶he orientieren und die verwendeten SGBÂ II-DatensÃ¤tze fÃ¼r ein â□□MischverhÃ¤ltnisâ□□ sorgten, keine hinreichenden Anhaltspunkte.

Â

41

c) Der Mangel des Konzepts hinsichtlich der ReprÃ¤sentativitÃ¤t fÃ¼hrt allerdings nicht dazu, dass ohne Weiteres auf die Werte des Wohngeldgesetzes plus Zuschlag von zehn Prozent *(zum Zuschlag zuletzt BSG vom 3.9.2020 â□□Â* BÂ 14Â AS 34/19Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 110 RdNrÂ 38Â f; aA Marx in Estelmann, SGBÂ II, Â§Â 22c RdNrÂ 10, Stand Juni 2017)* zurÃ¼ckgegriffen werden darf. Das LSG hÃ¤tte dem Beklagten vielmehr zunÃ¤chst Gelegenheit zur Nachbesserung geben mÃ¼ssen (*vgl BSG vom 30.1.2019 â□□Â* BÂ 14Â AS 24/18Â R*Â â□□* BSGE 127, 214 *=Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 28 mwN; BSG vom 3.9.2020 â□□Â* BÂ 14Â AS 37/19Â R*Â â□□ SozR 4-4200 Â§Â 22 NrÂ 112 RdNrÂ 22)*.

Â

42

Der Beklagte hat sich sowohl im Berufungs- als auch im Revisionsverfahren bereit erklÃ¤rt, sein Konzept hinsichtlich der Beanstandungen des LSG nachzubessern. Eine Nachbesserung ist nach seinen Angaben auch mÃ¶glich, da insbesondere die DatensÃ¤tze aus der Vermieterbefragung getrennt vorlÃ¤gen und gewichtet werden kÃ¶nnten. Dem Beklagten die MÃ¶glichkeit zu einer Nachbesserung zu geben, ist auch nicht dadurch entbehrlich geworden, dass er mit der Erstellung des Korrekturberichts 2016 bereits die Gelegenheit hatte, sein Konzept nachzubessern. Denn die dort vorgenommenen Nachbesserungen reagierten, wie das LSG in seinem Urteil selbst festgestellt hat, auf die Urteile des 14.Â Senats des BSG vom 30.1.2019 *(etwa* BÂ 14Â AS 24/18Â R *â□□Â* BSGE 127, 214 *=Â SozR 4â□□4200 Â§Â 22 NrÂ 101)* zur Bildung von Wohnungsmarkttypen nach der sog â□□Clusteranalyseâ□□ und nicht auf ein konkret gefasstes Nachbesserungsbegehren des LSG. Im Rahmen der Gelegenheit zur Stellungnahme und Nachbesserung mag das LSG darÃ¼ber hinaus gegenÃ¼ber dem Beklagten auch konkret diejenigen Punkte benennen, die es bereits hinsichtlich des Konzepts 2012 bemÃ¤ngelt hat, und seiner Auffassung auch demjenigen fÃ¼r das Jahr 2016 anhaften, so dass der Beklagte zu sÃ¤mtlichen MÃ¤ngeln Stellung nehmen und ggf noch nachbessern kann. Die NachbesserungsmÃ¶glichkeit ist jeweils zu dem auf den streitigen Bewilligungszeitraum anwendbaren Konzept hinsichtlich konkret benannter MÃ¤ngel zu geben. Dies folgt daraus, dass die Erstellung eines schlÃ¼ssigen Konzepts dem GrundsicherungstrÃ¤ger obliegt und er ein solches im Wege der Nachbesserung nur erstellen kann, wenn die MÃ¤ngel bezogen auf das geltende Konzept benannt werden. In dem vorliegenden Fall ist darÃ¼ber hinaus zu berÃ¼cksichtigen, dass es sich bei denjenigen aus 2012 und 2016 (in der Gestalt der jeweiligen Korrekturberichte) um jeweils eigenstÃ¤ndig erstellte Konzepte handelt, denen gesonderte Datenerhebungen bei Bestands- und Angebotsmieten zugrunde lagen *(vgl SÂ 15 und 26 des Konzepts 2012 bzw SÂ 22 und 24 des Konzepts 2016).* Die in dem angegriffenen Urteil erfolgten AusfÃ¼hrungen des LSG hinsichtlich des Konzepts 2012 lassen auch nicht von sich aus hinreichend erkennen, inwieweit die dort genannten MÃ¤ngel auch demjenigen aus dem Jahr 2016 anhaften. Dies gilt insbesondere fÃ¼r die erfolgten pauschalen Bezugnahmen auf AusfÃ¼hrungen in seinen Urteilen vom 15.1.2018 *(*LÂ 3Â AS 109/15 *und* LÂ 3Â AS 10/16*)*, die das Konzept 2016 nicht betrafen.

Â

43

3. Das LSG wird im wiedererÃ¶ffneten Berufungsverfahren auch Ã¼ber die Kosten des Revisionsverfahrens zu entscheiden haben.

Â

Erstellt am: 14.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024